



Nr. 14

11. April 2013

Inhalt

[dbb: Bürgerversicherung nicht allein ein Arbeitsmarkt-Problem+++](#)

[Benra: Öffentlicher Dienst braucht vorausschauende](#)

[Personalentwicklung+++](#)

[Dauderstädt: Öffentlicher Dienst ist heute Bewahrer der Demokratie+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW im Gespräch mit Grünen: Keine weitere Sparrunde zulassen+++](#)

[Keine Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifiergebnisses für Beamte in](#)

[Sachsen-Anhalt+++](#)

[tbb empört über Hinhaltenaktik bei Übertragung der Tarifiergebnisse+++](#)

[DSTG begrüßt Luxemburger Ankündigung zur Aufweichung des](#)

[Bankgeheimnisses+++](#)

[DJG: Deutschland steht im europäischen Vergleich gut da+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb: Bürgerversicherung nicht allein ein Arbeitsmarkt-Problem

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat gutachterlich hinterlegte Befürchtungen, wonach bei Einführung einer Bürgerversicherung rund 100.000 Arbeitsplätze in der Versicherungsbranche verloren gingen, mit dem Hinweis kommentiert, dass die damit zugleich unterstellte „Abwicklung der beamtenrechtlichen Beihilfe“ und Schließung der privaten Krankenversicherung (PKV) als Vollversicherung zunächst auf massive rechtliche Hindernisse stoßen würde.

„Das Beihilfesystem ist Ausdruck der Fürsorgepflichten öffentlich-rechtlicher Dienstherren und gehört damit in den Zusammenhang der sogenannten Alimentation“, sagte Dauderstädt am 8. April 2013. „Eine adäquate Ergänzung dazu ist nur durch das Tarifangebot der privaten Krankenversicherung möglich.“ Zudem habe das Bundesverfassungsgericht die Existenzberechtigung der PKV und damit die Zweigleisigkeit der Gesundheitsschutz-Systematik in Deutschland bekräftigt.

Der dbb Chef verwies darauf, dass etwa die Hälfte der privat Versicherten dem öffentlichen Dienst entstammten. „Dessen Attraktivität muss angesichts der demografischen Entwicklung erhalten bleiben, was auch abhängig ist von den gebotenen Arbeitsbedingungen. Daher darf das Beihilfeverfahren nicht unter dem Vorzeichen von formaler Gleichschaltung in Frage gestellt werden“, mahnte Dauderstädt. (01/14/13)

Benra: Öffentlicher Dienst braucht vorausschauende Personalentwicklung

(dbb) Der öffentliche Dienst braucht eine vorausschauende Personalpolitik, um künftigen Anforderungen gewachsen zu sein. Darauf hat der Fachvorstand Beamtenpolitik und stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb, Hans-Ulrich Benra, hingewiesen.

„Sowohl der private als auch der öffentliche Sektor stehen vor weitreichenden Herausforderungen: den Konsequenzen einer sich zahlenmäßig vermindern und stark alternden Bevölkerung einerseits und einem schon länger anhaltenden Wandel der Arbeitsstrukturen durch Digitalisierung, dezentrale Arbeitsformen, Nutzung von Informationsnetzen andererseits“, schreibt Benra in einem Gastbeitrag für das Kundenmagazin „Wellenlänge“ (Ausgabe 1/2013) von Vivento, dem zentralen Personal- und Servicedienstleister der Deutschen Telekom AG.

„Gebraucht werden moderne und familienfreundliche Arbeitsformen sowie präventiver Gesundheitsschutz einschließlich einer flexibilisierten Arbeitszeit“, so Benra weiter. „Potenziale der vorhandenen Beschäftigten werden noch viel zu wenig genutzt. So spiegelt sich der Anteil von Frauen an den Berufsanfängern

nicht in der Verteilung der späteren Führungsfunktionen wider. Zentraler Punkt ist für uns auch eine umfassende Weiterbildungskultur. Das erfordert die Bereitschaft jedes Einzelnen, aber ebenso müssen Dienstherren und Arbeitgeber ein geeignetes Umfeld schaffen. Denn heute geht es auch um Fortbildungen am Arbeitsplatz, in Online-Form, um selbstgesteuertes informelles Lernen. Das ist angesichts des Tagesgeschäfts oft schwierig. Wie Betriebe und Behörden Veränderungen aufnehmen, ist auch eine Führungsfrage. In Zeiten des demografischen Wandels muss der Personalbedarf trennscharf analysiert und dabei die spezifische Altersstruktur in den Behörden berücksichtigt werden. Notwendig ist daher eine vorausschauende Personalentwicklung. Und ältere Beschäftigte müssen ihre Kenntnisse rechtzeitig an den Nachwuchs weiterreichen können.“

(02/14/13)

Dauderstädt: Öffentlicher Dienst ist heute Bewahrer der Demokratie

(dbb) „Heute vor 80 Jahren, im Jahr 1933, haben die Nationalsozialisten das sogenannte ‚Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ erlassen, um jüdische und poli-

tisch anders denkende Beamte aus dem Staatsdienst zu entfernen. Dieses Ereignis darf nicht vergessen werden, damit so etwas nie wieder passiert", sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 7. April 2013 in Berlin.

„Der öffentliche Dienst ist heute mehr denn je Bewahrer der Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Das zu erhalten und auszubauen ist unser aller Aufgabe. Wir brauchen einen bunten und vielfältigen öffentlichen Dienst, ein echtes Spiegelbild der Gesellschaft. Nur so findet er die Akzeptanz, die zur Durchsetzung der Werte unseres Grundgesetzes unerlässlich sind", so der dbb Chef weiter. „Denn wohin die Missachtung elementarer Menschenrechte und der Verlust jeder Rechtsstaatlichkeit führen, das hat die Zeit des Natio-

nalsozialismus auf unglaublich schmerzhaft Weise gezeigt.“

„Auch der dbb wurde im Jahr 1933 ‚gleichgeschaltet‘, an die Stelle der Interessenvertretung trat als Verbandszweck die ‚Mitarbeit am Neubau des Reiches‘“, erinnerte Dauderstädt an die Geschichte des dbb. „Gerade deshalb ist es uns heute ein besonderes Anliegen, an die Gefahren einer Entdemokratisierung zu erinnern.“
(03/14/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBW im Gespräch mit Grünen: Keine weitere Sparrunde zulassen

(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg (BBW) hat eine verlässliche Aussage gefordert, dass es keine weitere Sparrunde für Beamte und Versorgungsempfänger geben wird. Das machte BBW-Chef Volker Stich am 8. April 2013 im Gespräch mit der Landespartei Spitze von Bündnis 90/Die Grünen nochmals klar. „Es muss endlich Schluss sein mit der einseitigen Sparpolitik zu Lasten der Beamtenschaft“, sagte Stich in Stuttgart bei dem Treffen mit Thekla Walker und Chris Kühn, den Landesvorsitzenden der Partei.

Zugleich warnte er vor zunehmender Politikverdrossenheit in den Reihen der Beamtenschaft. Obwohl Baden-Württemberg gut dastehe, habe die Koalition bei den Beamtinnen und Beamten immer wieder zugegriffen. So bedeute die jüngste Verschiebung der Anpassung an das Tarifergebnis TV-L beispielsweise für einen Justizwachtmeister (mittlerer Dienst) rund 850 Euro Verlust, für eine Steuerbeamtin (gehobener Dienst) rund 1.700 Euro sowie für einen Lehrer (höherer Dienst) rund 2.800 Eu-

ro. „Wen wundert es da noch, dass solche einseitigen Zugriffe von den Betroffenen als ungerecht empfunden werden“, fragte der BBW-Vorsitzende und gab zugleich zu bedenken: Auch wenn der Ministerpräsident erkläre, er schaue nicht auf Wählerstimmen, stehe zu befürchten, dass Betroffene, die große Hoffnungen in die neue Landesregierung gesetzt hätten, künftig nicht mehr zur Wahl gehen. Dies erfülle ihn mit großer Sorge, so Stich.
(04/14/13)

Keine Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifergebnisses für Beamte in Sachsen-Anhalt

(dbb) Das Tarifergebnis für die Länderbeschäftigten soll inhaltsgleich, aber zeitversetzt erst zum 1. Juli 2013 und zum 1. Juli 2014 auf die Beamtinnen und Beamten in Sachsen-Anhalt übertragen werden. Das hat Finanzminister Jens Bullerjahn am 4. April 2013 laut dbb sachsen-anhalt in einem Spitzengespräch zu grundsätzlichen Fragen des Beamtenrechts mitgeteilt.

Das zeitversetzte Inkrafttreten der Anpassungsstufen sei eine „temporäre Maßnahme“, beschränkt auf die Jahre 2013 und 2014. Künftige Tarifergebnisse sollen wieder eins zu eins auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen werden.

Ausdrücklich begrüßt hat der dbb-Landesbund die Zusicherung, dass auch die Beamtinnen und Beamten in Sachsen-Anhalt vom Urlaubsjahr 2013 an 30 Tage Urlaub, Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst 27 Urlaubstage erhalten werden. Damit werde die dbb Forderung umgesetzt, das Tarifergeb-

nis für die Beschäftigten der Länder vom 9. März 2013 zur Regelung des Erholungsurlaubs auf die Beamtinnen und Beamten in Sachsen-Anhalt zu übertragen.

Bullerjahn kündigte zudem eine Novelle des Landesbeamtengesetzes an, mit dem die Regelaltersgrenzen und besonderen Altersgrenzen für Beamtinnen und Beamte neu festgelegt werden. Orientierungswerte für die Änderungen seien die Regelungen im Rentenrecht und die Regelungen für die Bundesbeamten. (05/14/2013)

tbb empört über Hinhaltetaktik bei Übertragung der Tarifergebnisse

(dbb) Der Thüringer Beamtenbund (tbb) dringt auf eine baldige Entscheidung zur Übertragung des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst der Länder auf die Beamten. Als „erneute Hinhaltetaktik“ hat der tbb-Landesvorsitzende Helmut Liebermann die Aufschiebung einer Aussage zur Übertragung der Tarifergebnisse auf die Thüringer Beamten bezeichnet.

Liebermann kritisierte insbesondere, dass das Thüringer Kabinett trotz Ankündigung des Finanzministers gegenüber dem tbb am 19. März 2013, nach Ostern eine Vorlage ins Kabinett einzubringen, bislang nicht über die Übertragung auf die Beamten abgestimmt hat. „Eigentlich müsste es ein Gebot der Fairness und eine Selbstverständlichkeit sein, schließlich haben die Beamten einen gesetzlichen Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung“, stellte der tbb-

Vorsitzende fest. Die erneute Verzögerung sei unverständlich: „Die Tarifergebnisse sind seit dem 9. März bekannt.“

Im Gespräch mit dem tbb am 19. März hatte Finanzminister Wolfgang Voß bereits ausgeschlossen, dass es eine Eins-zu-eins-Übertragung wie in Bayern und Hamburg auch in Thüringen geben wird. (06/14/13)

DSTG begrüßt Luxemburger Ankündigung zur Aufweichung des Bankgeheimnisses

(dbb) Die Ankündigung der luxemburgischen Regierung, für Anleger aus anderen EU-Staaten das Bankgeheimnis Ende 2014 aufzuweichen, ist bei der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) auf Zustimmung gestoßen. Ab 1. Januar 2015 wird Luxemburg die Steuerbehörden der anderen EU-Länder automatisch über Zinszahlungen informieren, die an Personen in diesen Staaten gezahlt werden.

Diese Ankündigung habe „steuerhistorische Bedeutung“, so die DSTG am 11. April 2013. Damit bewege sich Luxemburg weg von dem negativen Image einer innereuropäischen Steueroase, deren Geschäftsmodell in der Vergangenheit darin bestand, Schwarzgelder in astronomischer Höhe anzuziehen. Nun müssten konkrete Schritte zur Umsetzung des Vorhabens ergriffen werden.

Die DSTG erwarte, dass jetzt auch andere europäische Staaten diesem Beispiel folgen. Im Nachbarland Österreich hat die Diskussion bereits begonnen. Auch dort wird noch immer das Bankgeheimnis hochgehalten, was gerade im grenznahen Bereich dazu führt, dass viele un versteuerte deutsche Gelder dorthin abwandern. Auch in der Schweiz und in Liechtenstein werde hoffentlich ein Umdenk-Prozess in Gang

kommen. „Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft appelliert an die Verantwortlichen in diesen Ländern, sich ihrer europäischen Verantwortung bewusst zu werden. Ein Geschäftsmodell,

das Nachbarstaaten finanziell schädigt, hat in Europa nichts mehr zu suchen“, heißt es in der Mitteilung.
(07/14/13)

DJG: Deutschland steht im europäischen Vergleich gut da

(dbb) Am 27. März 2013 hat die Europäische Kommission das aktuelle europäische Justizbarometer vorgestellt. Verglichen werden unter anderem die Länge der Gerichtsverfahren, die Verfahrensabschlussquote, die Anzahl der anhängigen Verfahren und die Unabhängigkeit der Justiz in den EU-Mitgliedsländern. Deutschland liegt bei fast allen Indikatoren im vorderen Drittel. „Die deutsche Justiz steht im europäischen Vergleich gut da und ist somit ein positiver Standortfaktor“, kommentierte die Vorsitzende der Deutschen Justiz Gewerkschaft (DJG) Elke Koch das Justizbarometer. Dennoch gebe es auch in Deutschland Verbesserungsbedarf. Auch hierfür biete der Bericht gute Anhaltspunkte.

„In einigen anderen EU-Ländern sind deutlich mehr Fortbildungen für Richter verpflichtend, in Deutschland ist das kaum der Fall“, kritisierte Koch. Dabei sei es wichtig, dass das gesamte Justizpersonal regelmäßig das Wissen in bestimmten Gebieten erweitere und auffrische, sowohl in rechtlichen Fragen, als auch etwa bei der Anwendung neuer Technologien. Luxemburg, das in fast allen Bereichen des Justizbarometers zur Spitzengruppe gehöre und zudem umfassende verpflichtende Ausbildungen zur Verfügung stelle, könne als Vorbild dienen. „Die Justiz kann nur dann effizient und gerecht agieren, wenn den handelnden Perso-

nen alle notwendigen Instrumente an die Handgegeben werden“, so Koch.

Besonders begrüßte die DJG-Chefin das gute Abschneiden Deutschlands bei der Wahrung der Unabhängigkeit der Justiz. Im europaweiten Vergleich liegt die deutsche Justiz auf dem vierten, in einem Vergleich unter 144 Ländern weltweit immerhin noch auf dem siebten Rang. Koch: „Alle Justizbediensteten in Deutschland tragen durch ihre Arbeit dazu bei, dass die Justiz einen vergleichsweise guten Ruf hat. Nur eine unabhängige Justiz kann auch gut arbeiten.“
(08/14/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Ein Ostrentengipfel findet am 8. Mai 2013 in Berlin statt. Initiator ist das Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern, in dem der **dbb** Mitglied ist. Die Teilnahme ist kostenlos. 23 Jahre nach der Wiedervereinigung und vier Jahre nach dem Versprechen im Koalitionsvertrag, ein einheitliches Rentensystem in Ost und West einzuführen, ist die „Ostrentenfrage“ noch immer nicht gelöst: Der aktuelle Rentenwert (Ost) beträgt nur 88,8 Prozent des Westwertes. Das effektive Verdienstniveau je Arbeitsstunde lag 2011 bei 72,9 Prozent des Westniveaus – daraus resultieren massive Nachteile für Ostrentnerinnen und –rentner. Auf dem Ostrentengipfel sollen Vertreter der Parteien dazu Stellung nehmen, welche Lösung des Problems sie anstreben. (Anmeldung per E-Mail bis 26. April 2013 erbeten unter gb4@dbb.de)

Mit seiner Wahl zum Vorsitzenden der Grundsatzkommission Europa des dbb rückt nach Auffassung des Landesvorsitzenden **Dietmar Knecht** auch der dbb mecklenburg-vorpommern „näher an Europa“ heran. „Ich freue mich über diese Aufgabe, werde mich mit ganzer Kraft einbringen, um einen aktiven Beitrag zur europapolitischen Aufstellung des dbb zu leisten“, sagte Knecht nach seiner Wahl am 9. April 2013. Für den dbb seien die europäische Krise und der europaweite demografische Wandel gewerkschaftspolitische Kernthemen. Ihn interessiere zudem die interregionale Zusammenarbeit in Europa, so Knecht. „Ich will auch die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns im Blick behalten. Wir sind bei allen Herausforderungen, vor denen wir insbesondere auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur stehen, eine attraktive europäische Region“, sagte er.

Angesichts neuer Steuersünder-Datensätze hat der dbb Vize und Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), **Thomas Eigenthaler**, die Bundesregierung aufgefordert, konsequenter gegen Steueroasen weltweit vorzugehen. „Die Bundesregierung müsste Steueroasen international genauso ächten, wie die USA das tun“, sagte Eigenthaler der „Rheinischen Post“ (Ausgabe vom 5. April 2013). „Die USA trocknen Steueroasen aus, indem sie alle Geschäftsverbindungen zu diesen Ländern kappen“, so Eigenthaler. „Die Bundesregierung verlässt sich dagegen auf Lippenbekenntnisse.“ Der Datensatz beweise: „Es gibt auch in Deutschland einen Geldadel, der sich einfach darum drückt, in Deutschland seine Steuern zu zahlen“, kritisierte der DSTG-Chef. Dass die Bundesländer vor diesem Hintergrund sogar Personal in den Finanzbehörden abbauen, sei sträflicher Leichtsin.

Die steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen ist nach Auffassung von **Rainer Wendt**, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), auch eine Folge des Stellenabbaus bei der Polizei. „Früher musste ein Einbrecher noch einen zweiten abstellen, um Schmiere zu stehen, weil vielleicht die Polizei vorbeikommen könnte. Heute weiß er, dass keine Polizei kommt“, sagte Wendt der „Leipziger Volkszeitung“ (Ausgabe vom 10. April 2013). „Die Streifen wurden so ausgedünnt, dass normale Kontrollen kaum noch möglich sind.“ Die Bevölkerung werde merken, dass die Polizei bei Einbrüchen oder Verkehrsunfällen nicht mehr so schnell vor Ort sein kann. Mit Sorge beobachte er auch, dass gerade in kleineren Orten Ostdeutschlands rechtsradikale Gruppen mangelnde Polizeipräsenz nutzen, um sich als neue Ordnungsmacht zu positionieren, so Wendt.
(08/14/13)